

## Muslim im Rundfunkrat

Schwarz-grüne Reformpläne für HR

ler. WIESBADEN. CDU und Grüne sehen sich mit ihren Plänen zur Novellierung des Gesetzes über den Hessischen Rundfunk (HR) auf dem richtigen Weg. Das hätten die Stellungnahmen in einer öffentlichen Expertenanhörung gestern bestätigt, meint der medienpolitische Sprecher der Grünen im Landtag, Jürgen Frömmrich. „Wir modernisieren vor allem den HR-Rundfunkrat und passen ihn an gesellschaftliche Realitäten an.“ Bisher gehörten nur sehr wenige Frauen dem Rundfunkrat und dem Verwaltungsrat des Landessenders an. Jugendliche und Muslime seien noch gar nicht vertreten. Das, so Frömmrich, werde sich mit dem von der schwarz-grünen Koalition vorgelegten Gesetzentwurf ändern.

Nach dem Willen der CDU/Grünen-Mehrheit im Landtag soll der bisher 30 Mitglieder zählende Rundfunkrat um je einen Vertreter der Muslime und des Hessischen Jugendrings erweitert werden. Außerdem sollen dem Gremium deutlich mehr Frauen als bisher angehören, und der Einfluss von Politikern soll verringert werden. Die Regierungskoalition zieht damit die Konsequenzen aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2014, in dem eine Begrenzung des Einflusses von Staat und Parteien beim ZDF vorgegeben worden war. Welcher muslimische Verband ein Mitglied in den HR-Rundfunkrat entsenden darf, wird im neuen Gesetz nicht festgelegt, vielmehr soll das mit einer Rechtsverordnung der Regierung geregelt werden. Begründet wird dieses Vorgehen damit, dass in Hessen derzeit noch keine die Mehrheit der Muslime repräsentierende und hinreichend verfasste Organisation bestehe.

Derzeit sind nur sieben der 30 Mitglieder des Rundfunkrats weiblich. Eine der Frauen vertritt den Landesfrauenrat, unter den anderen sechs befinden sich drei Landtagsabgeordnete, so dass von den sonstigen vertretungsberechtigten Institutionen nur drei Frauen entsandt werden, darunter eine Ministerin. Lasse man den Frauenrat außen vor, hätten die 22 anderen im Gremium vertretenen gesellschaftlichen Institutionen lediglich zwei Frauen entsandt, klagte der frühere Vorsitzende Richter am Verwaltungsgericht Frankfurt Torsten von Roettken gestern in der Anhörung. Im neuen Gesetz wird nun ein gleich starker Anteil von Frauen und Männern angestrebt.

Roettken plädierte dafür, eine Frauenmindestquote für den Rundfunkrat und den HR-Verwaltungsrat einzuführen. Werde diese Quote nicht erreicht, müssten eigentlich Männern zugewandene Sitze unbesetzt bleiben. Denkbar sei auch ein System, das den entscheidungsberechtigten Institutionen zwingend vorschreibe, mindestens einen männlichen und einen weiblichen Kandidaten zu benennen. Die Auswahl unter den Vorschlägen sei dann durch Losentscheid zu treffen, wenn sich die Organisationen nicht derart einigen können, dass am Ende von den zu entsendenden Mitgliedern mindestens die Hälfte Frauen seien.

Das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem ZDF-Urteil festgelegt, dass bei dem Mainzer Sender höchstens ein Drittel der Gremienmitglieder „staatsnah“ sein dürfe. Beim HR sollen künftig nur noch die sechs Rundfunkratsmitglieder, die vom Landtag und der Landesregierung benannt werden, Inhaber von Mandaten oder Regierungsämtern sein. Ihnen stünden nach der geplanten Erweiterung auf 32 Gremienmitglieder 26 Personen ohne politische Funktion gegenüber.

## Heute

### Taunus in anderen Zungen

Der Naturpark Taunus will mehr ausländischen Gästen seine Besonderheiten darstellen. Deshalb bietet er potentiellen Führern, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, Sprachkurse und Lehrgänge an. **Seite 39**

### Warmes Licht überall

Bis zum Ende des Jahrzehnts sollen in 218 Wiesbadener Einrichtungen nur noch LED-Leuchten strahlen. Da passt es, dass mit den Umbauten in einem Lichtspielhaus begonnen wird. **Seite 41**



Hochtechnologie: Bei Isthia im Landkreis Kassel ragen Windräder aus dem Bodennebel und der Umgebung heraus.

Foto dpa

## Zwei-Prozent-Ziel für Windkraft erreicht

Nord- und Ostthessen gehen bei der Energiewende voran und weisen zügig Vorrangflächen für Rotoren aus. Und das fast immer im Konsens.

ler. WIESBADEN/KASSEL. Nord- und Ostthessen stellen die Weichen für eine verstärkte Nutzung der Windenergie in der Region. Im Entwurf des „Teilregionalplans Energie“ des Regierungspräsidiums Kassel, dem der zuständige Ausschuss der Regionalversammlung Anfang der Woche einstimmig zustimmte, sind 173 Gebiete in Nord- und Ostthessen für den Bau von Windkraftanlagen vorgesehen. Damit wären etwa 17 000 Hektar oder 2,05 Prozent der Gesamtfläche des Regierungsbezirks grundsätzlich für Bau und Betrieb von Windrädern freigegeben. Die Zwei-Prozent-Vorgabe der Landesregierung ist fast auf den Punkt genau erfüllt.

Wenn die Regionalversammlung Nord- und Ostthessen der Beschlussempfehlung des Ausschusses wie zu erwarten Anfang

Oktober zustimmt, dürfen nur noch auf den ausgewiesenen Gebieten Windräder gebaut werden. 98 Prozent der Fläche des Regierungsbezirks blieben dann frei von Windkraftanlagen, dort schon stehende Anlagen müssten, wenn sie abgewirtschaftet haben, abgerissen werden. Drei Kommunen im Osten von Kassel haben allerdings angekündigt, gegen den Plan zu klagen, weil er den Bau von 230 Meter hohen Rotoren in ihrer Region ermöglicht.

Der Landtag hat den drei hessischen Regionalversammlungen im Landesentwicklungsplan als Ziel vorgegeben, zusammen möglichst zwei Prozent der Landesfläche als Windvorranggebiete auszuweisen. Wie in Kassel steht ein entsprechender Beschluss auch für das Gebiet des Regierungspräsidiums Gießen noch in diesem Jahr an. Für Südhessen ist damit wegen zahlreicher Komplikationen möglicherweise erst 2019 zu rechnen. Ob die Zwei-Prozent-Vorgabe, die als wichtige Voraussetzung für eine Energiewende in Hessen gilt, am Ende für die Landesfläche insgesamt erfüllt sein wird, bleibt bis dahin offen. Der für Energie zuständige

Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (Die Grünen) hält das Ziel für „sportlich, aber erreichbar“.

Der Haupt- und Planungsausschuss der Regionalversammlung Nord- und Ostthessen stimmte dem Windflächenentwurf am Montag mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen zu, ein Vertreter der Freien Wählergemeinschaft (FWG) enthielt sich. Die Entscheidung des Ausschusses ist eine Beschlussempfehlung für die Regionalversammlung, die am 7. Oktober abschließend über den Regionalplanentwurf befindet. Die Aufstellung des „Teilregionalplans Energie“ nahm inklusive Bürgerbeteiligung und zwei Offenlegungen fünf Jahre in Anspruch, die Regionalplaner mussten rund 32 000 Einwendungen verarbeiten. Im Vergleich zum zweiten Offenlegungsentwurf werden jetzt rund 1600 Hektar und 15 Einzelflächen weniger für Windkraftnutzung ausgewiesen. Die meisten Vorranggebiete (45 mit 4100 Hektar) sind im Landkreis Waldeck-Frankenberg geplant. Danach folgen mit 31 Flächen der Kreis Kassel (4300 Hektar) sowie mit je 30 Flächen die

Landkreise Hersfeld-Rotenburg (2750) und Schwalm-Eder (1850). 20 Flächen mit 2600 Hektar sind nach Angaben des Regierungspräsidiums im Kreis Fulda, 17 Flächen mit 1400 Hektar im Werra-Meißner-Kreis geplant.

In Hessen drehen sich nach Angaben des Wirtschaftsministeriums derzeit rund 860 Windräder. Um das im Landtag überparteilich vereinbarte Ziel von 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2050 zu erreichen, sind nach Angaben des Ministers nach heutigem Stand 2100 bis 2500 Windräder erforderlich. Ende vergangenen Jahres stammten 16,4 Prozent des hessischen Stroms aus erneuerbaren Energien, sprich Wind, Sonne, Biomasse, Deponie- und Klärgas oder Wasserkraft.

Seit Amtsantritt der schwarz-grünen Regierung hat sich der Anteil damit um vier Prozentpunkte erhöht. CDU und Grüne haben in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, bis zum Ablauf der Wahlperiode Ende 2018 möglichst 25 Prozent des in Hessen verbrauchten Stroms aus regenerativen Energien zu erzeugen.

## Heimspiel für Flegel

Stabwechsel in der Mainzer CDU: Die Stellvertreterin soll den Kreisvorsitzenden Reichel beerben

MAINZ. Der Veranstaltungsort scheint mit Bedacht gewählt. Wenn die Mitglieder der Mainzer CDU am Abend des 14. September in der Gonsenheimer Turnhalle zusammenkommen, um darüber zu entscheiden, wer ihre Partei in Zukunft führen soll, darf sich die aussichtsreichste Kandidatin für das neu zu besetzende Spitzenamt wie zu Hause fühlen. Denn für die 50 Jahre alte Sabine Flegel, die – und schon allein das ist ungewöhnlich für die Mainzer Union – vom Kreisvorstand einstimmig als Nachfolgerin von Wolfgang Reichel vorgeschlagen wurde, wird es als Gonsenheimer Ortsvorsteherin ein Heimspiel sein. Und selbst wenn es doch noch einen Gegenkandidaten geben sollte, wovon bis dato aber nichts zu hören war, spricht vieles dafür, dass die verheiratete Mutter eines erwachsenen Sohnes fortan als Mainzer CDU-Kreisvorsitzende gut beschäftigt sein wird. Die Arbeit an der Parteispitze sei sehr aufwendig und „auch nicht gerade vergnügungssteuerepflichtig“, sagte der bald aus dem Amt scheidende Reichel am Dienstag dieser Zeitung.

Nach sieben Jahren voller Höhen und Tiefen will sich der 65 Jahre alte frühere Grün- und Umweltdezernent, der im März denkbar knapp den Wiedereinzug in den rheinland-pfälzischen Landtag verpasste, politisch fortan auf die Arbeit im Stadtrat beschränken. Weil er allerdings noch zu jung sei, „um nur noch den Mädchen auf dem Markt hinterherzuschauen“, möchte er sich als Berater von Firmen, die im Umweltschutz und in der Abfallwirtschaft tätig sind, verdingen. Da er

deshalb wohl des Öfteren außerhalb von Mainz zu tun haben werde, sei in ihm die Entscheidung gereift, den 2009 übernommenen Parteivorsitz abzugeben.

Während er aktuell unter anderem dafür gelobt wird, die wegen persönlicher Animositäten seit Jahren, wenn nicht gar seit Jahrzehnten zerstrittene Union wieder zusammengeführt zu haben, waren gleich nach der von der CDU verlorenen Landtagswahl 2016 noch ganz andere,



Wolfgang Reichel führt die Mainzer CDU seit 2009. Künftig will er sich auf die Arbeit im Stadtrat beschränken.

Foto privat

sehr viel schärfere Töne zu hören. Vor allem die Junge Union hatte im März Konsequenzen und mehr oder weniger offen Reichels Rücktritt verlangt.

Davon ist jetzt, da der Übergang an der Parteispitze vorbereitet ist und Flegel sogar von ihm selbst als Nachfolgerin vorgeschlagen wurde, nichts mehr zu hören. Die bisherige Stellvertreterin des Kreisvorsitzenden will, falls sie in zwei Wochen denn von den Mitgliedern gewählt wird, ebenfalls vor allem nach vorn schauen – sprich: auf die wohl im September 2017 anstehende Bundestagswahl. Obwohl dabei viel von dem Verhalten und

den Entscheidungen der Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) abhängen, wolle sie dafür sorgen, dass der Wahlkampf für Direktkandidatin Ursula Groden-Kranich optimal laufe, sagte Flegel am Dienstag. Wobei es im Wahlkreis Mainz-Bingen schon des Öfteren eng gewesen sei.

Die Kommunikation nach innen und außen verbessern, Mitglieder und Anhänger motivieren, dabei vor allem Jüngere begeistern und eigene Themen in der Stadtpolitik setzen: Das sind zentrale Anliegen der vor einem halben Jahrhundert im rechtsrheinischen Ginsheim geborenen und in Mainz aufgewachsenen „Powerfrau“. Als Unternehmerin und Initiatorin von Hochzeitsmessen musste sie schon in jungen Jahren erfahren, dass der Körper nicht auf Dauer über die Maßen belastet werden darf. Heute sei zum Glück wieder „alles heil“, sagte Flegel, die durch einen Schlaganfall vor rund 15 Jahren aus der Bahn geworfen worden war. Auf die Frage, ob sie auch als potentielle Oberbürgermeister-Kandidatin der CDU in Frage komme, will sie momentan nicht näher eingehen. Wohl wissend, dass der 2012 gewählte Michael Ebling von der SPD ja gerade erst die Hälfte seiner auf acht Jahre angelegten Amtszeit hinter sich hat.

Dass die Arbeit als hauptamtlicher Dezernent für Grün und Umwelt im Mainzer Rathaus zum Besten gehörte, was er als Politiker erleben durfte, steht derweil für Reichel außer Frage. Noch heute freut sich der ehemalige Chef des Entsorgungsbetriebs darüber, wenn er etwa von einem Mainzer Straßenkehrer erkannt und freundlich begrüßt wird, wie er sagt. Dass

die CDU als stärkste Fraktion im Stadtrat von einer auf Gedeih und Verderb zum Zusammenhalt gezwungenen Ampelkoalition schon seit Jahren bei wichtigen Entscheidungen „außen vor“ gelassen werde, ist dagegen etwas, das den scheidenden Parteichef mächtig ärgert. Und durch die neue „Ampel“ auf Landesebene habe sich diese Tendenz gar noch einmal verstärkt.

Wobei das Mainzer Rathaus-Bündnis unter anderem bei Fragen der Wirt-



Sabine Flegel wird vom CDU-Kreisvorstand einstimmig als neue Parteichefin vorgeschlagen.

Foto privat

schaft und der Ansiedlung – wie dem viel diskutierten Projekt einer ECE-Einkaufspassage an der Ludwigsstraße – gar keine verlässliche Mehrheit im Rat mehr garantieren könne. Dass alle Volksparteien unter anhaltendem Mitgliederchwund zu leiden haben und die Mainzer CDU trotz einer „sehr engagierten Jungen Union“ nur mehr rund 1600 Mitglieder zählt, nennt Reichel „verbesserungswürdig“. Darum und um alle weiteren Herausforderungen werden sich fortan aber andere in der Union kümmern müssen – vor allem seine designierte Nachfolgerin. **MARKUS SCHUG**

### MAINZ

## Wenig Fortune

Von Markus Schug



Da hat man schon kein Glück, und dann kommt auch noch Pech dazu: Selbst wenn sich die vergangenen sieben Jahre des Mainzer CDU-Vorsitzenden Wolfgang Reichel nicht allein unter diesem Leitsatz zusammenfassen lassen, etwas mehr Fortune hätte der inzwischen Fünfundsechzigjährige als Politiker schon gebrauchen können.

Tatsächlich aber scheiterte er gleich zu Beginn seiner Amtszeit beim Versuch, im Rathaus ein schwarz-grünes Bündnis zu bilden. Das lag dem Vernehmen nach weniger an ihm als an einigen seiner Parteifreunde. Im Oberbürgermeisterwahlkampf 2012 dann ging der von Reichel unterstützte CDU-Bewerber Lukas Augustin sang- und klanglos unter; nach Untreue-Vorwürfen schaffte er es nicht einmal in die Stichwahl.

Bis heute spricht der oft emotional reagierende Unionschef von einer üblen Kampagne des politischen Gegners, mit der ein Kandidat und seine Familie in aller Öffentlichkeit beschädigt worden seien. Und letztlich passt es ins Bild, dass Reichel bei der für die CDU insgesamt schlecht gelaufenen Landtagswahl im März unerwartet seinen sicher geglaubten Sitz im Parlament verlor.

Angesichts der eher dürrtigen Bilanz, der deutlich zu vernehmenden parteiinternen Kritik, etwa durch die Junge Union, und mit Blick auf eine seit Monaten lethargisch wirkenden Mainzer CDU ist es nur konsequent, dass Reichel jetzt, ein Jahr vor dem Ende seiner Amtszeit, den Platz für einen Neuanfang freimacht. Für die von ihm als Nachfolgerin vorgeschlagene Sabine Flegel, die von den Mitgliedern allerdings erst noch gewählt werden müsste, wäre die Bundestagswahl 2017 die erste Bewährungsprobe. Richtig spannend wird es aus Mainzer Sicht aber bei der Kommunalwahl 2019 und der Oberbürgermeisterwahl 2020. Dann muss sich zeigen, ob die Union als derzeit stärkste Fraktion im Stadtrat künftig zumindest wieder eine Hand ans Steuer bekommt.

Um das zu erreichen, ist es mit einer Verjüngung an der Spitze allein nicht getan. In Partei und Fraktion fehlen frische Politiker, die sich nicht damit begnügen, reflexartig Pressemitteilungen zu verschicken. Es bedarf engagierter Frauen und Männer, die der Ehrgeiz antreibt, früher oder später im Rathaus tatsächlich mitreden und mitgestalten zu dürfen: ob als Chef oder Chefin eines Dezernats oder sogar als der oberste Repräsentant ihrer Stadt.

## Hessen schließt weitere Erstaufnahmen

Ir. WIESBADEN. Weil deutlich weniger Flüchtlinge kommen als im vergangenen Jahr, hat Hessen seine Kapazitäten in den Erstaufnahmeeinrichtungen weiter reduziert. Künftig soll es elf statt bislang 19 aktive Standorte geben, wie das hessische Sozialministerium gestern mitteilte. Das sind 6000 Plätze weniger als zuvor.

Sechs weitere Gebäude mit rund 6000 Plätzen bleiben als „passive“ Reserve bestehen, unter anderem das Neckermann-Gebäude in Frankfurt, die Kelley-Barracks in Darmstadt und die Ray-Barracks in Friedberg. Sie könnten rasch in Betrieb genommen werden, wenn die Flüchtlingszahlen wieder steigen. Ganz aufgegeben werden 21 Einrichtungen, so in Kronberg (Ausbildungszentrum der Deutschen Bank), Bad Homburg (altes Krankenhaushaus), Wiesbaden-Mainz-Kastel (Bürogebäude) und Offenbach (zwei Bürogebäude).

Schon im April hatte das Land die Kapazitäten gesenkt und damit rund 25 Millionen Euro im Monat einsparen können, wie eine Ministeriumssprecherin erklärte. Jetzt könnten weitere sieben Millionen Euro eingespart werden.

Dieses Wetter packen wir Ihnen ein. Für den Winter.

Jetzt Winter-Kreuzfahrt in die Sonne buchen.

KANAREN Inklusive Flug ab 995€\*

Mein Schiff.

Erfahren Sie mehr in Ihrem Reisebüro, auf [www.tuicruises.com](http://www.tuicruises.com) oder unter +49 40 600 01-5111.

\*Flex-Preis (limitiertes Kontingent) p. P. bei 2er-Belegung einer Innenkabine für 7 Nächte und inkl. Flug nach Verfügbarkeit mit allen Abgaben und Zuschlägen, auch zur Luftverkehrssteuer, Transfers und „Zug zum Flug“ ohne Aufpreis erhältlich. | TUI Cruises GmbH - Anckermannplatz 1 - 20537 Hamburg - Deutschland

TUI Cruises